

Gerecht, leistungsfähig, krisenfest: Die Kranken- und Pflegeversicherung zur solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickeln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2406

Ich freue mich, dass Herr Kollege Schwarz von der SPD-Fraktion noch rechtzeitig seine Wortmeldung abgegeben hat. Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön!

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das deutsche Gesundheitswesen hat gegenwärtig jährlich ungefähr 330 Milliarden Euro Jahresausgaben und ist mit 4,2 Millionen Beschäftigten der Jobmotor schlechthin. Nun soll dieses Gesundheitswesen nach dem Willen der gegenwärtigen Bundesregierung radikal verändert werden. Das ist nicht verwunderlich, war doch der Gesundheitsfonds mit dem Zusatzbeitrag durch die Große Koalition die Krücke, um nach der Bundestagswahl entweder in Richtung Bürgerversicherung oder in Richtung Kopfpauschale abbiegen zu können.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dass ausgerechnet diejenigen in der Union - einschließlich der Bundeskanzlerin -, die Zusatzbeiträge als Einstieg in die Kopfpauschale gefeiert haben, jetzt die Kassen dafür beschimpfen, dass auch tatsächlich Zusatzbeiträge fällig werden, ist im Übrigen schlicht unseriös, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens - ich will nur der guten Ordnung halber darauf hinweisen - war die Urmutter dieser unsäglichen Idee der Kopfpauschale die frühere niedersächsische Sozialministerin und heutige Bundesministerin für Arbeit und Soziales Frau von der Leyen mit ihrer Vorlage auf dem legendären Parteitag der CDU in Leipzig. Die zunehmende Radikalisierung in der Wortwahl zwischen den Koalitionsfraktionen aus CDU/CSU und FDP macht auch beim Thema Kopfpauschale eindrucksvoll deutlich, dass aus den selbst ernannten Traumpartnern zunehmend Scheidungsanwärter werden. Mit großer Kraftanstrengung wird vielleicht noch der Wahltermin in Nordrhein-Westfalen erreicht. Dann werden aber auch die letzten Bürgerinnen und Bürger merken, für welche Klientelgruppe diese Bundesregierung eigentlich noch Politik macht und wer die Zeche zahlt. Nach dem Steuergeschenken für Hoteliers wird schnell klar werden, warum der Bundesgesundheitsminister ohne Not - - - (Unruhe) –

Frau Präsidentin, offensichtlich haben die Kolleginnen und Kollegen, die hier pausenlos quatschen, alle keine Krankenversicherung. Es wäre aber schon ganz gut, wenn man ein bisschen zuhören könnte. (David McAllister [CDU]: Hey! - Heinz Rolfes [CDU]: „Quatschen“? Das ist doch kein parlamentarischer Ausdruck!)

Nach den Steuergeschenken für Hoteliers wird schnell klar werden, warum der Bundesgesundheitsminister ohne Not, aber dafür mit viel Leidenschaft unsere gewachsene solidarische Krankenversicherung in ein privates Kaskomodell umwandeln will. Herr Rösler ist dabei außerordentlich konsequent. Schon im Oktober 2006 hat er

hier im Landtag vorgeschlagen, einen Wettbewerb in unserer Krankenversicherung analog dem Wettbewerb im Telefonmarkt einzuführen. Meine Damen und Herren, dieser Vergleich war damals zynisch, und er ist es heute immer noch.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-NEN und bei der LINKEN)

Krankenkassen sind keine auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Unternehmen, und Gesundheit ist keine Ware und kein Spekulationsobjekt, sondern das höchste menschliche Gut. Ich füge hinzu: Bei allem Marktradikalismus sollte auch die FDP diesen Grundsatz endlich begreifen und sich daran orientieren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Soziale Absicherung im Krankheitsfall darf nicht vom sozialen Stand, individuellen Einkommen oder Familienstand abhängig sein. Das ist der solidarische Grundgedanke, der mehr als 130 Jahre in unserer Krankenversicherung gilt. Dafür haben Generationen von Menschen gekämpft. Der überwältigende Teil unserer Bürgerinnen und Bürger will dieses Solidarprinzip weiterhin. Und wir werden alles daran setzen, meine Damen und Herren, dass das auch so bleibt.

(Beifall bei der SPD)

75 % der Deutschen sprechen sich in einer aktuellen Infratest-Erhebung klar für die Weiterentwicklung zur Bürgerversicherung aus, nur 22 % für eine Kopfpauschale. Klar, dass die CDU bei dieser Ausgangslage das Thema bis zur Nordrhein-Westfalen-Wahl lieber totschweigt, die CSU in Bayern vorsorglich schon einmal eine eigene Arbeitsgruppe gebildet hat und sogar die FDP gegenwärtig die Haltung der berühmten drei Affen einnimmt.

(Roland Riese [FDP]: Das werden Sie gleich noch hören!)

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer lässt keine Gelegenheit ungenutzt, die Kopfpauschale wahlweise als „einmalig ungerecht“, „Irrweg“ oder auch schon einmal als „kompletten Schwachsinn“ zu bezeichnen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Seehofer, meine Damen und Herren, hat übrigens recht. Kopfpauschalen sind ungerecht, weil zukünftig die Sekretärin genauso viel zahlt wie ihr Generaldirektor.

(Roland Riese [FDP]: Das ist sachlich falsch, und Sie wissen es!)

- Das ist sachlich nicht falsch. Sie sollten einmal Ihre eigene Homepage lesen, dann könnten Sie sich solche Zwischenrufe sparen.

(Roland Riese [FDP]: Und Sie sollten Ihre eigenen Anträge lesen!)

150 Euro Kopfpauschale machen bei einem Einkommen von 1 000 Euro 15 % aus, bei 3 000 Euro 5 % und bei 6 000 Euro noch 2,5 %. Wenn Schwarz-Gelb dann auch noch die Familienversicherung mit abschafft, zahlen Ehepaare gleich doppelt. Merke: je höher das Einkommen, umso niedriger die prozentuale Belastung durch die Kopfpauschale. Weil dieses aber nicht vermittelbar ist, muss die gewollte Entsolidarisierung der Kopfpauschale durch einen staatlichen Sozialausgleich gemildert werden. Dafür würden zurzeit bei einer Kopfpauschale von 150 Euro im Monat rund 35 Milliarden Euro aus Steuermitteln fällig. Bundesfinanzminister Schäuble hat vorsorglich schon einmal vorgerechnet, dass als Gegenleistung entweder die Einkommensteuer um 3 % bis 5 %, die Mehrwertsteuer um 2 % bis 4 % oder der Spitzensteuersatz auf 73 % erhöht werden müssten. Ich füge hinzu: ohne Griechenland und ohne die Steuersenkungsversprechen der FDP in Höhe von gegenwärtig 16 Milliarden Euro. Ich will Ihnen einmal sagen, wie Norbert Blüm das sieht. Er stellt dazu fest: „Die Kopfpauschale funktioniert wie eine Schablone, mit der ein schlechter Friseur die Haare schneidet. Egal, ob der Kopf groß, klein, rund oder eckig ist, alle bekommen den gleichen Schnitt. ... Mit weniger Geld mehr ausgeben, nach diesem Rezept suche ich seit Kindheitsbeinen.“ Meine Damen und Herren, ich frage mich, wer nicht? Aber klar ist auch: Die hier wandelnde selbsternannte Wirtschaftskompetenz- und Steuersenkungspartei FDP hat es in wenigen Monaten geschafft, ihre Kompetenz völlig zu entzaubern. Ich finde übrigens, das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Viel schlimmer: Diese Bundesregierung fährt in ihrer Endlosgeisterbahn zwischenzeitlich

(David McAllister [CDU]: Na, na, na!)

nicht nur die soziale Sicherung, sondern das ganze Land gegen die Wand. Dieser Ministerpräsident sitzt übrigens als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender immer vorne mit drin. Ich glaube, das ist eine schlichte Katastrophe.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ein Gesundheitssystem, das über Steuern finanziert wird, ist abhängig von der Finanzlage des Staates. Mit jeder Haushaltsberatung wird darüber entschieden, wie viel Geld der Staat im nächsten Jahr für Kopfpauschalen zur Verfügung stellt. Gleichzeitig werden bis zu 40 Millionen Bundesbürger zu Bittstellern und Empfängern von zusätzlichen Sozialleistungen des Staates und müssen alle Einkommens- und Familienverhältnisse offen legen. Dazu ist der Aufbau einer neuen gigantischen Verwaltungsbürokratie notwendig - übrigens ausgerechnet von den selbsternannten Verwaltungsmodernisierern und -reformern.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Tja!)

Das Verfahren an sich ist aber völlig unangemessen und für die Betroffenen absolut entwürdigend.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Wirkung kann man übrigens in der Schweiz beobachten. Die Schweiz hat sich zwischenzeitlich zum Land mit dem zweit teuersten Gesundheitssystem der Welt vorgearbeitet. 50 % der Bürgerinnen und Bürger sind abhängig von Transferleistungen. CDU und FDP planen mit ihren Vorstellungen das vollständige Ende der solidarischen Krankenversicherung: Einfrierung des Arbeitgeberbeitrages - die Versicherten werden zukünftig alle Kostensteigerungen alleine tragen -, keine echte Kosten-Nutzen-Analyse mehr, Einschränkung der Kontrolle der Pharmaindustrie. Der bisherige Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit wurde kurzerhand gefeuert. Das Sachleistungsprinzip wird abgeschafft, Patienten zahlen die Rechnung direkt und müssen später mit ihren Kassen abrechnen. Die medizinische Notwendigkeit wird so nicht mehr festgestellt. Die Patienten bleiben auf den Mehrkosten sitzen. Versicherte erhalten Basistarife, alles andere müssen sie durch private Zusatzversicherungen abdecken. Herzlichen Glückwunsch, PKV! Wohin das führt, kann man in den Vereinigten Staaten sehen, wo 50 Millionen Menschen keinen ausreichenden Versicherungsschutz haben. Das ist nicht das Ziel unserer Gesundheitspolitik; das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Rösler ist allerdings bei Weitem nicht nur Opfer seiner parteipolitischen Ideologie, sondern er bedient mit einer bisher noch nie da gewesenen Dreistigkeit knallhart die Klientel, die die FDP bei der letzten Bundestagswahl besonders unterstützt hat. Die PKV bedankt sich schon einmal mit Sonderkonditionen für FDP-Mitglieder, und der bisherige Vizepräsident des PKV-Verbandes erhält das politische Schlüsselressort im Gesundheitsministerium. Meine Damen und Herren, wir setzen dem die Weiterentwicklung unserer solidarischen Krankenversicherung hin zur Bürgerversicherung entgegen. Wir wollen, dass das Gesundheitssystem wieder voll paritätisch finanziert wird, ohne einseitige Zusatzbeiträge.

(Glocke der Präsidentin)

Alle sollen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ohne einschränkende Beitragsbemessungsgrenzen zahlen. Meine Damen und Herren, am 9. Mai geht es in Nordrhein-Westfalen nicht nur um die Landtagswahl.

Vizepräsidentin Astrid Vockert: Letzter Satz! **Uwe Schwarz** (SPD): Vielen Dank. - Die Wahl in Nordrhein-Westfalen ist eine Schlüsselwahl für den Fortbestand unseres bewährten solidarischen Gesundheitssystems. Dafür werden wir mit Nachdruck kämpfen, weil wir wissen, dass es sich lohnt und die Menschen das wollen.